



# **Auswirkungen der Schwarz-Gelben-Koalitionsvereinbarung in Nordrhein-Westfalen auf den Rhein-Erft-Kreis**

**von**

**Guido van den Berg  
Susanne Boehncke  
Bernd Coumanns  
Günter Freitag  
Hans Krings**

**Rhein-Erft-Kreis  
im Juli 2005**

Das Programm von CDU und FDP propagiert im Kern den Abschied von der sozialen Marktwirtschaft. Gehuldigt wird dem freien Spiel der Marktkräfte. Das Programm trägt die Handschrift derjenigen, die sich endgültig vom Ziel einer solidarischen Gesellschaft verabschiedet haben. Eine klare Sprache kennt die Koalitionsvereinbarung nur an den Stellen, an denen es um die Beschneidung von Arbeitnehmerrechten, eine elitäre Bildungspolitik und die Ausgrenzung von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen geht.

Hinter komplizierten und verklausulierten Formulierungen wie „marktkonforme Entscheidungen“, „Entfesselungsprogramm“ oder „die Entdeckungsfunktion des Marktes ... nutzen“ verbirgt sich ein dramatischer Politikwechsel: Der Abschied von einem Gemeinwesen, welches sich in der Vergangenheit gerade durch seine Verantwortung für die Schwachen ausgezeichnet hat.

Wer dem Markt alles unterordnet, der verabschiedet sich von einer Gesellschaft mit menschlichen Gesicht. Die SPD steht für einen Wandel, der menschlich organisiert wird. Die solidarische und friedfertige Gesellschaft bleibt das Leitbild unseres Handelns. Wir werden auch künftig selbstbewusst die Debatte über Werte und die gesellschaftliche Verantwortung von Eliten weiterführen und sicherstellen, dass die Interessen einiger Weniger nicht über dem Gemeinwohl stehen.

Im Auftrag des Vorstandes der Rhein-Erft SPD hat eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe die Auswirkungen der Koalitionsvereinbarungen von Schwarz-Gelb in NRW auf unseren Kreis analysiert. Dabei sind 16 Punkte besonders ins Auge gefallen, die einer politischen Kommentierung bedürfen.

## **1. Weniger Demokratie bei der Wahl der Bürgermeister und Landräte**

Schwarz-Gelb planen die Amtszeit von Bürgermeistern und Landräten auf 8 Jahre zu verlängern (§. 50). Für die Wählerinnen und Wähler verringert das ihre Kontroll- und Einflussmöglichkeiten. Diese Amtszeitverlängerung bedeutet weniger Demokratie vor Ort. Zudem werden schwierige Gemengelagen in den Kommunen provoziert, da Ratsmehrheiten und Bürgermeisterparteizugehörigkeit durch die asynchronen Wahlperioden häufiger auseinander fallen werden. Für Schwarz-Gelb scheinen hier klar Versorgungsgründe für Amtsträger im Vordergrund zu stehen. Die Rhein-Erft SPD kritisiert die Einschränkung von Kontrollmöglichkeiten durch die Bevölkerung. Zudem werden durch die Abkopplung der Bürgermeisterwahlen von den Wahlperioden der Räte absolutistische Führungsstile in den Rathäusern beflügelt. Die SPD will keine Wahlmonarchien. Wir sehen klar die Gefahr, dass durch die Stärkung der Bürgermeister eine Entmachtung der ehrenamtlichen Räte zu beklagen sein wird. Die geringe Wahlbeteiligung bei losgelösten Wahlen in den vergangenen Jahren zeigen zudem, dass die Bürgerinnen und Bürger eine Zersplitterung von Wahlgängen nicht schätzen. Bei den Nachwahlen in Mühlheim und Köln gab es erschreckende Beteiligungen um die 39 %.

## **2. Minderheiten können künftig Bürgermeister wählen.**

Die Schwarz-Gelbe Koalition will die Stichwahlen in der Kommunalwahl abschaffen (S. 50). Wir Sozialdemokraten kritisieren diese Absenkung der Standards, da man auf diese Weise provoziert, dass Bürgermeister und Landräte ohne das mehrheitliche Vertrauen der Bevölkerung ins Amt kommen und dann auch noch für die verlängerte Amtszeit von 8 Jahren regieren sollen. Die Anzahl der Bewerber wird künftig ganz fundamental entscheiden, wer Bürgermeister oder Landrat wird und wer nicht. Taktischen Kandidaturen wird Tür und Tor geöffnet. Der erste Wahlgang im bisherigen System hatte Sinn und wollte hohe Legitimität durch die Bürgerschaft erzielen. Langfristig wird man auf diese Weise die Bedeutung der kommunalpolitischen Ebene schwächen.

## **3. Flucht vor unbequemen Entscheidungen – Abwertung der Räte**

Der von Schwarz-Gelb geplante Ratsbürgerentscheid wird dazu führen, dass die Räte künftig weniger als jetzt als verbindliches Gremium gelten (S. 50). Der Ratsbürgerentscheid wird immer noch über dem Ratsentscheid stehen. Räte werden unpopulären Entscheidungen ausweichen und diese auf Ratsbürgerentscheide abschieben. Wir sehen hier deutlich die Gefahr der Förderung von populistischen Entscheidungen. Medienarbeit und Stimmungsmache befördert weniger abgewogene Erarbeitung von kommunalen Lösungen. Der ehrenamtliche Rat droht weiter entwertet zu werden. Letztlich schwindet politische Gestaltungskraft der Räte durch Ja-Nein-Fragestellungen.

## **4. Gefahr eines unüberschaubaren Wahlsystems**

Wer zeigt, dass er bereit ist, mehr Demokratie zu wagen, eröffnet damit Chancen, mehr und neue Menschen zum Engagement einzuladen. Die Rhein-Erft SPD erkennt dieses Motiv an und begrüßt insbesondere den Ansatz, erstarrte Strukturen in Parteigremien und bei Kandidaten Nominierungen aufbrechen zu wollen. Bei der vorgesehene Einführung von Komulieren und Panaschieren für Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen erkennen wir aber auch große Risiken (S. 49/50): Viele Bürgerinnen und Bürger werden mit Tapeten-großen Stimmzetteln überfordert werden und im Zweifel verunsichert, ob sie wirklich ihr Wahlrecht ausüben sollen. Wir sehen daher deutlich die Gefahr des Frustes von Wählerinnen und Wählern durch die steigende Unüberschaubarkeit des Wahlverfahrens.

## **5. Neuer Angriff auf Finanzkraft der Kommunen**

Die Koalitionsvereinbarung von Schwarz-Gelb gefährdet massiv die Finanzkraft der Kommunen – auch hier im Rhein-Erft-Kreis. Man führt aus, dass man die Gewerbesteuer zu Fall bringen möchte und hat gleichzeitig nur nebulöse Vorstellungen, wie man sie ersetzen könnte (S.51/52). Kommunen brauchen aber finanzielle Sicherheit. Ein weiterer Feldzug gegen Einnahmepositionen der Kommunen wird durch den pauschalen Angriff auf die wirtschaftliche Betätigung vorgenommen

(§107 GO NW). Begrenzte wirtschaftliche Tätigkeit von Kommunen geschieht im Wesentlichen aus Gründen der Daseinsvorsorge und aus sozialen Gründen. Insbesondere der soziale Wohnungsbau, der von den Kommunen gesteuert wird, wird gefährdet. Wir treten für eine ausgewogene Form der wirtschaftlichen Betätigungen der Kommunen ein, um den örtlichen Auftrag der Daseinsvorsorge sicher zu stellen.

## **6. Grundschulen im Wettbewerbsdruck**

Die Schwarz-Gelbe Liberalisierungsideologie bei den Kleinsten halten wir für falsch. Unter der Überschrift „Leistung durch Wettbewerb“ (S. 34) wird im NRW-Koalitionsvertrag die Abschaffung der Schuleinzugsbezirke angekündigt. Dies wird dazu führen, dass es künftig gute Schulen für Reiche und schlechte Schulen für Arme geben wird. Wer viel Geld hat wird künftig speziell abgeschottete Elite-Grundschulen aufsuchen. Wir sehen die Gefahr, dass Grundschulen ihrem besonderen Auftrag zur sozialen Integration nicht mehr gerecht werden können. Der Städte- und Gemeindetag hat dem Schwarz-Gelben-Plan ebenso widersprochen wie zahlreiche Bildungsexperten. Im Rhein-Erft-Kreis ist zu kritisieren, dass durch die massiven Eingriffe von Schwarz-Gelb im Land eine kommunale Schulpolitik unplanbar wird. Vor allem wird der Schulbustourismus gefördert.

## **7. Schulraum- und Kindergartenchaos**

Ausdrücklich positiv beurteilen wir die deutlich zutage tretenden Fortschritte im CDU-Familienbild, dass in der Vergangenheit eher durch eine „Kind-, Heim- und Herd-Ideologie für Frauen“ gekennzeichnet war. So wird ausdrücklich jetzt auch bei der CDU auf eine Förderung von Betreuungsmöglichkeiten für unter Drei-Jährige (S.38f) „gemäß den bundesgesetzlichen Vorgaben“ gesetzt. Positiv beurteilen wir die Erkenntnis, die offene Ganztagsgrundschule der SPD, die im Wahlkampf noch bekämpft wurde, fortführen zu wollen. Von der im Wahlkampf plakatierten „Unterrichtsgarantie“ taucht allerdings im Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb nichts mehr auf.

Wir unterstützen das Ziel, Kinder früher mit schulischen Elementen in Verbindung zu bringen. Die SPD hat deshalb z.B. Fremdsprachenprojekte im Kindergarten unterstützt. Das Vorhaben der CDU, 5-Jährige künftig einschulen zu wollen (S. 33), erscheint uns jedoch wenig durchdacht und chaotisch. Auf der einen Seite entsteht zusätzlicher Raumbedarf bei den Grundschulen und auf der anderen Seite wird die Kindergartenbedarfsplanung der Kommunen unkalkulierbar. Es stellt sich die Frage, inwieweit der Landesgesetzgeber entsprechend des Grundsatzes der Konnexität für die finanziellen Folgen Handlungen für die Kommunen einsteht.

## **8. Entmündigung der Eltern**

Die Freiheit der Eltern bei der Wahl der weiterführenden Schule für das eigene Kind wird beschnitten. Es wird nur gesiebt. Zu diesem frühen Zeitpunkt erscheinen lebensbestimmende Entscheidungen falsch (S. 33). Die unterschiedlichen

Entwicklungsbiografien von Gleichaltrigen werden unserer Auffassung nach mit einem verbindlichen Gutachten nach der vierten Klasse nicht berücksichtigt. Es ist schade, dass Schwarz-Gelb der Rolle der Eltern in dieser Entscheidung so wenig Gewicht beimisst. Durch ein fixes Gutachten wird auch hier der Trend bestärkt, dass die soziale Herkunft künftig wird bestimmt, welche Bildungschancen ein Kind erhält.

## **9. Wegschauen bei bestimmten Migrations-Problemen**

Wir begrüßen, dass die schwarz-gelbe Koalition die Integration von Migranten ernst nehmen möchte und bspw. dazu dafür sorgen will, dass sprachliche Defizite bei Kindern bis zur Einschulung beseitigt werden (S. 53/54). Ein ganzheitlicher Ansatz der Integrationspolitik allerdings ist nicht erkennbar.

So berücksichtigt das Koalitionspapier bspw. nicht das Besorgnis erregende Problem der Kriminalität jugendlicher Migranten - Ausdruck eines Männlichkeitskonzeptes, das unter den sozialen Rahmenbedingungen unseres Landes mit wachsender Aufenthaltsdauer in eine tiefe Legitimationskrise gerät. Wir fordern dazu, dass die beachtlichen regionalen Unterschiede, die bei der schulischen Integration der jungen Migranten und insbesondere der türkischen Jugendlichen auftreten, zum Anlass genommen werden, unsere bildungspolitische Praxis kritisch zu überprüfen. Wenn beispielsweise die Gymnasiastenquote der jungen Deutschen an einem Ort um das Elffache über der der türkischen Jugendlichen liegt und an einem anderen "nur" um knapp das Dreifache, muss das Prinzip der Chancengleichheit im Bildungswesen auch für junge Migranten schrittweise realisiert werden.

## **10. Studiengebühren schaffen soziale Auslese**

Im Rhein-Erft-Kreis wohnen viele Studenten. Wir sind Einzugsbereich wichtigster Universitätsstädte wie Köln, Bonn, Aachen und Düsseldorf. Die Einführung einer Studiengebühr von 1000 Euro im Jahr – unabhängig vom Einkommen der Eltern – wird insbesondere zu einer Abschreckung vom Studium für junge Menschen aus einkommensschwachen Familien führen (S. 37). Ein funktionierendes Stipendienwesen wird nicht angeboten und ist auf absehbare Zeit nicht erkennbar. Diese Politik geht in die falsche Richtung, da wir zur Sicherung des Wettbewerbsstandorts NRW mehr Studentinnen und Studenten benötigen – und nicht weniger. Künftig werden wohl auch zunehmend ausländische Studentinnen und Studenten von unseren Hochschulen abgeschreckt. Damit werden erfolgreiche Bemühungen der letzten Jahre zunichte gemacht, den Anteil ausländischer Studentinnen und Studenten in Deutschland zu erhöhen. Ziel ist, weltweit Wirtschaftsnetzwerke auszubauen als auch in den deutschen Bundesländern herausragende Graduierte und Postgraduierte innerhalb von Forschung und Wirtschaft zu integrieren. Mittlerweile entscheidet sich - nach USA und Großbritannien - jeder dritte Studienanfänger für ein Studium in Deutschland - auch, weil junge innovative Menschen hier bislang keine hohen Studiengebühren zu zahlen haben.

## **11. Sparkassen werden schlecht geredet**

Die Sparkassen werden in der Koalitionsvereinbarung von Schwarz-Gelb schlecht geredet. CDU und FDP behaupten, die Sparkassen bräuchten ein „neues Geschäftsmodell“ (S. 16). Dahinter steckt vermutlich die Absicht, die Sparkassen für den privaten Kapitalmarkt nutzbar machen zu wollen. Wir lehnen dies nach wie vor ab. Die Folgen wären fatal: Personalabbau trotz Gewinnen wie bei der Deutschen Bank. Schließungen der Filialen in den kleinen Ortsteilen. Streichung von Zuschüssen für Vereine. Dabei macht eine Bank im Besitz der Kommunen wirklich Sinn: Handwerker im Rhein-Erft-Kreis brauchen eine ortsnahe Kreditversorgung und in Großbritannien, wo es keine Sparkassen gibt, kann man sehen, was es bedeutet, wenn Privatbanken 5 Mio. Menschen ein Girokonto verwehren.

## **12. Aufhebung der Öffnungszeiten schwächen Mittelstand**

Die generelle Aufhebung von Ladenöffnungszeiten ist nach unserer Auffassung der Tod für zahlreiche Mittelständler und Familienbetriebe im Rhein-Erft-Kreis, die sich extreme Ausdehnungen von Öffnungszeiten nicht leisten können (S. 12). Insbesondere die Angestellten im Handel werden unter dieser Politik leiden. Die Kunden haben durch verlängerte Öffnungszeiten nicht mehr Kaufkraft, so dass ein Verdrängungswettbewerb eingeläutet werden soll. Die großen Ketten und große Kaufhäuser werden vermutlich diesen Kampf gewinnen. Schwarz-Gelb fördert im Land so einen Prozess, der die Großstädte gegenüber dem Land bevorzugt. Schwarz-Gelb schwächt so insbesondere den Einzelhandel im Rhein-Erft-Kreis.

## **13. Wettbewerbsfähigkeit der Braunkohle wird geschwächt**

Die Energiepolitik von Schwarz-Gelb gefährdet nachhaltig den Energiestandort im linksrheinischen Braunkohlenrevier (S. 7). Durch die plötzlich verlängerten Laufzeiten von bereits abgeschrieben Atomkraftwerken werden Investitionen in modernste Braunkohlenkraftwerke gefährdet. Durch diese Politik von Schwarz-Gelb werden die Energieerzeugungsunternehmen in allen Bereichen dazu gebracht, Altanlagen länger zu nutzen und neue Investitionen auszusetzen. Das wird insbesondere unsere Region wirtschaftlich wie ökologisch hart treffen. Auch die Forderung nach der Beendigung des Erneuerbaren-Energien-Gesetz wird neue Investitionen z.B. im Solarbereich verhindern. Interessant erscheint, dass die Schwarz-Gelbe NRW-Vereinbarung im Gegensatz zu den Plänen eines „Energiekreises“ Rhein-Erft-Kreis steht, die Landrat Stump (CDU) neulich vorgestellt hat. In dem zugrunde liegenden „Energie-Konzept“ wird ausdrücklich die besonders positive Bedeutung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes hervorgehoben.

## **14. Haushaltssperre gefährdet Investitionen**

Mit der unmittelbar nach Amtsantritt erlassenen Haushaltssperre gefährdet die neue Regierung Investitionen, auf die die Wirtschaft fest vertrauen durfte. Mit der Haushaltssperre werden alle Zahlungen des Landes, für die es keine rechtlichen Verpflichtungen gibt, gestoppt.

tungen gibt, ausgesetzt (S. 13). Das trifft alle Investitionen des Landes, für die die Aufträge noch nicht vergeben sind, z.B. Straßenbaumaßnahmen. Ebenso betroffen sind alle Investitionszuschüsse an Kommunen und Private, die noch nicht bewilligt sind. Zwar kann der Finanzminister einzelne Projekte nach Prüfung wieder freigeben, ein bürokratisches Verfahren für eine Regierung, die sich den Bürokratieabbau auf die Fahnen geschrieben hat. Die Haushaltssperre ist keine Sparmassnahme, sondern ein politisches Mittel der Schuldzuweisung an die bisherige Regierung und der Versuch, den vom Landtag längst verabschiedeten Haushalt 2005 nach ihren Vorstellungen umzugestalten.

## **15. Neue Unsicherheit für Krankenhäuser**

Die Schwarz-Gelbe Koalitionsvereinbarung birgt neue Unsicherheiten im Krankenhausbereich (S. 21). Es wird wenig konkretes formuliert, das dem Bedürfnis nach einer Planbarkeit in diesem wichtigen Gesundheitsbereich gerecht wird. Die CDU erklärt, das 11 Mrd. Euro im Landeshaushalt fehlen würden. Im Koalitionsvertrag macht man aber keine Aussagen darüber, wie man künftig diese Lücke decken will. Stattdessen will man nur die Bewilligungswege für Anträge ändern. Das löst aber nicht das von der CDU selber erklärte Finanzierungsproblem. Wir fordern verlässliche Aussagen von der Landesregierung für die Krankenhäuser im Rhein-Erft-Kreis.

## **16. Gute Ideen aufgreifen**

Die Rhein-Erft SPD will mit der Landesregierung NRW konstruktiv zusammenarbeiten und auch positive Elemente bewusst aufgreifen. Insbesondere begrüßen wir die Forderung, 100 neue Allen in Nordrhein-Westfalen an Straßen anlegen zu wollen (S. 56). Das ist eine gute Idee. Der Rhein-Erft-Kreis ist einer von 31 Kreisen in NRW und zählt zu den waldärmsten Regionen in Deutschland. Deshalb fordern wir, dass mindestens drei dieser 100 Allen im Rhein-Erft-Kreis verwirklicht werden.

Guido van den Berg  
Susanne Boehncke  
Bernd Coumanns  
Günter Freitag  
Hans Krings